



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/140 - 21. Juni 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 0 888 880

Politische Reisesaison auf dem Höhepunkt	S. 1
Die Spannungen im Kabinett Gurion	S. 3
Konstruktive Opposition in Niedersachsen	S. 5
Erstaunliche Wandlung (Glosse)	S. 6

## Zwei Kommuniqués

sp. Der Amerikabesuch des französischen Aussenministers Pineau, der abgeschlossene Drei-Wochen-Aufenthalt des jugoslawischen Staatsoberhauptes Marschall Tito in der Sowjetunion, die Reise, die der indische Ministerpräsident Nehru soeben angetreten hat, und schliesslich die bevorstehende Erkundungsfahrt des Generalsekretärs der UNO, Hammarskjöld, zu den Ostblockstaaten markieren wichtige Stationen eines weltgeschichtlichen Prozesses, der immer entschiedener in eine bestimmte Richtung drängt.

So verschieden die Sorgen dieser Staatsmänner in einzelnen und so unterschiedlich die Aufgaben sein mögen, vor denen sie als Repräsentanten ihrer Länder stehen, so durchzieht doch ein Grundthema alle ihre Bemühungen: die hoffnungsvollen Ansätze einer Entspannung im Weltmaßstab fortzuentwickeln. Und das, was diesen Anstrengungen besonderes Gewicht verleiht, und sie auch einigermaßen aussichtsreich erscheinen lässt, ist die Tatsache, dass führende Männer aus allen drei Lagern - dem westlichen, dem östlichen und dem dazwischen befindlichen - Bogen zueinander spannen, Kontakte nicht allein intern jeweils unter sich, sondern zwischen den drei Gruppen herstellen.

In Washington hat Pineau seine Gesprächspartner, zu denen in erster Linie Dulles gehörte, gebeten, die Entwicklung in der Sowjetunion positiver zu beurteilen - sehr im Gegensatz zu der Haltung, die wenige Tage zuvor der Bundeskanzler eingenommen hatte. Dazu gehört nach ihm auch die Herstellung wirtschaftlicher und menschlicher Be-

ziehungen, grösseres Verständnis für den in der Sowjetunion eingetretenen, auf viele Satellitenstaaten übergreifenden Wandel, und, ohne Aufgabe gemeinsamer westlicher Grundsätze, die Notwendigkeit, das dadurch entstandene politische Tauwetter durch eine eigene elastische Politik zu fördern. Der Westen geht nach Pincaus Ansicht mit einer solchen Politik kein Risiko ein.

Der Tito-Aufenthalt in der Sowjetunion trug stärker zweiseitige Züge. Sein besonderes Merkmal war die endgültige Liquidation eines tiefgehenden Zwistes zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien, wozu bezeichnenderweise den ersten Schritt die Nachfolger Stalins im vorigen Jahr in Belgrad getan hatten. Hierher gehören die Absprachen über die Beziehungen der kommunistischen Parteien in beiden Ländern, deren Auswirkungen auf die übrigen kommunistischen Parteien Europas noch nicht abzusehen sind. Ihr Kernstück ist die gegenseitige Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten des Partners und die von Tito durch lange Jahre eines harten Kampfes gegen Stalin praktizierte Anerkennung des Grundsatzes, dass es den einzelnen Parteien überlassen bleiben müsse, ihren Weg zum Sozialismus zu finden. Die Annahme dieses Grundsatzes zerschlägt die von Stalin so eifersüchtig mit terroristischen Mitteln bewahrte Monopolstellung der russischen Kommunisten.

Auch bei diesen beiden Besuchen mussten die Deutschen, wie schon bei so vielen früheren Gelegenheiten, schmerzlich erfahren, dass ihr brennendstes Anliegen, die Wiedervereinigung, von den übrigen Mächten anderen Prioritäten untergeordnet ist, bei Pincau noch stärker als bei Tito. In diesem Punkt hat der jugoslawische Staatschef unzweifelhaft seine Annäherung an den sowjetischen Standpunkt bekräftigt, wonach, "da auf dem Boden Nachkriegsdeutschlands zwei souveräne Staaten entstanden sind, zu ihrer Vereinigung Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR unumgänglich sind." Freilich bekennt sich auch die Verlautbarung von Moskau in dem darauffolgenden Satz zur Verpflichtung der Grossmächte, im Sinne einer deutschen Wiedervereinigung zu wirken. Manches an diesen Feststellungen bleibt allerdings dunkel, und vielleicht geht die erlauternde Bemerkung des jugoslawischen Aussenministers Popowic, es werde zu keiner Anerkennung Pankows durch seine Regierung kommen, auf die Absicht zurück, solche Unklarheit etwas aufzuhellen. - Dulles und Pincau beschränkten sich zu diesem Thema auf die Feststellung, eine wesentliche Verminderung der Streitkräfte bedinge die gleichzeitige Lösung der Wiedervereinigung Deutschlands und anderer wichtiger Probleme.

Beide politische Begegnungen zeigen also wieder einmal, dass die Bemühungen um Abrüstung und Entspannung das internationale Gespräch voll beherrschen, und dass im Vergleich dazu die deutsche Frage immer mehr ins Hintertreffen zu geraten droht. Um dieser Gefahr zu begegnen, genügt es nicht, in einem neuen Notenkrieg alte Vorschläge aufzuwärmen und einander zu präsentieren. Die Bundesregierung muss unter Ausnutzung ihrer diplomatischen Beziehungen zu Moskau und selbstverständlich in enger Fühlungnahme mit ihren westlichen Verbündeten nachstehen, um den Anschluss an die Weltentspannungstendenzen nicht zu verlieren, sie vielmehr für die deutsche Wiedervereinigung nutzbar zu machen. Diesen Anschluss findet sie aber nicht, wenn sie sich praktisch so verhält, als ob die Welt um Deutschland noch das Gesicht des Jahres 1950 trägt.

Schepilows Besuch in Kairo und seine Folgen

I.D. Tel-Aviv

Der überraschende Besuch Schepilows, des russischen Aussenministers mit geläuteter ko-existenzieller Linie, in Kairo scheint sich noch vor Abschluss zu einem wichtigen Moment für die Nah-Ost-Beziehungen zu gestalten. Es fiel bereits vor wenigen Tagen auf, dass der ägyptische Ministerpräsident Nasser in einer öffentlichen Rede zum ersten Mal alle Kampfansagen an Israel unterliess. Die Annahme, dass Nasser im Einklang mit augenblicklichen russischen Entspannungstendenzen auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Israel zu verzichten bereit ist, liegt nahe. Natürlich wird es Nasser vorläufig kaum möglich sein, um seiner eigenen Stellung und der Erhaltung der sehr prekären Einstimmigkeit der arabischen Liga willen, die Feindseligkeiten gegen Israel ganz einzustellen. Da Nasser bisher keine bessere Quelle als die Ostblockstaaten gefunden hat, ist er genötigt, auf Schepilows Rat zu hören.

Der russische Besuch in Kairo hat schon Veränderungen - wenn auch zunächst gegenteiliger Natur - in Tel-Aviv herbeigeführt. Der gemässigte Politiker Scharett, der oft den leicht aggressiven Kurs des Ministerpräsidenten Ben-Gurions in ungefährlichere Bahnen zu lenken vorstand, ist von seinen Aussenministerposten zurückgetreten. Ben Gurion, der grosse, oft unberechenbare Staatsmann Israels, und Scharett, der während seiner achtjährigen Amtszeit trotz der Wirren der Nahostpolitik der gleichmässige, besonnene Politiker blieb, haben sich übereingestimmt. Ihre Meinungsverschiedenheiten sind fast sprichwörtlich geworden. Am deutlichsten kam dies zum Ausdruck, als Ben-Gurion in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident und Verteidigungsminister glaubte, Vergeltungsschläge gegen die arabischen Staaten ohne Zustimmung des Kabinetts befehlen zu können. Diese Eigenmächtigkeit Ben-Gurions brachte Scharett auf seiner 'Werbereise', die ihn im vorigen Jahr durch Amerika und Europa führte, in eine fast peinliche Situation. Gerade als Scharett die friedlichen Absichten Israels zu beweisen suchte und zur Erhaltung des Friedens im Nahen Osten ein starkes bewaffnetes Israel als notwendig hinstellte, führte Ben Gurion einen überraschenden Angriff auf syrisches Gebiet aus als Antwort auf einen Überfall auf israelische Fischer am Tiberias-See.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass Scharett mit seiner gemässigten Politik, die noch dazu von der Erkenntnis getragen wird, dass man mit einer aus Vertretern verschiedener politischer Richtungen bestehenden Regierungskoalition keine Politik ohne Rücksichten betreiben kann, Anhänger innerhalb der Regierung und in weiten Kreisen seiner Partei, der sozialistischen MAPAI, hat. Ben-Gurion hingegen erfreut sich mit seiner aktiveren und nicht immer diplomatischen Haltung grosser Beliebtheit beim Volk, das in seiner Furcht vor einem feindlichen Angriff eine Zurechaustellung der Stärke einer gemässigten Haltung vorzieht. Es liegt daher nahe anzunehmen, dass Scharett Nassers neue Haltung, zusammen mit dem Besuch des russischen Aussenministers in Kairo, als Entspannungssymptome auslegte und dieser Situation durch einen gemässigten Kurs Rechnung zu tragen suchte, Ben-Gurions 'Politik der Stärke' nun auf keinen Fall mehr zu akzeptieren bereit war, ja sie sogar für gefährlich erachtet. Sein Rücktritt kann als Protest gegen die Politik der Regierung Ben-Gurion gewertet werden.

#### Die junge Generation drängt nach vorn

Noch ist unklar, ob Scharett den ihm nun angetragenen Posten des Parteisekretärs der MAPAI annehmen wird. Die Mitgliedschaft der MAPAI würde eine derartige Veränderung begrüssen. Schon vor den Wahlen im vorigen Jahr hatte sich eine Kluft zwischen Mitgliedschaft und Parteiführung bemerkbar gemacht, die in dem Drängen der jüngeren Generation nach einem Führungswechsel zum Ausdruck kam. Scharett war einer der Fürsprecher für eine derartige Veränderung. Es blieb jedoch trotz aller Versprechungen alles beim Alten, und so mag es kein Zufall sein, dass die beiden links von der MAPAI stehenden sozialistischen Parteien MAPAM und ACHDUTE HAAVODA bei den letzten Wahlen beträchtliche Erfolge gegenüber MAPAI erzielen konnten.

Die Erneuerung der Partei durch einen Mann wie Scharett, in dem der Parteifunktionär mit dem erfahrenen und verantwortungsbewussten Regierungssprecher verbunden wäre, könnte auch weittragende Folgen für die Politik Israels haben. Aus einer Wiederbelebung der Organisation dürfte sich eine grössere Einflussnahme der stärksten Partei des Landes auf die Regierungsführung ergeben. Ben-Gurions 'Politik der Stärke' würde einer grösseren Kontrolle unterliegen. Scharett würde dann mit Hilfe der Partei das erreichen, was ihm als Aussenminister misslang. Schepilows Besuch in Kairo hat zweifellos Kreise gezogen, die die Situation im Nahen Osten entscheidend verändern können.

### Die Chance des Kultusministers

Von Maria Sevenich, M.d.L.

Ministerpräsident Hellwege kann sich über die SPD als Oppositionspartei wahrlich nicht beklagen. Sie hält, was sie versprochen hat: ihre Opposition ist konstruktiv, sachlich, tolerant, ohne Schässigkeit. Das bedeutet allerdings, dass sich politischen Leben Niedersachsens einige Sensationen vorenthalten blieben.

Man denke u.a. an den ruhigen Bericht des Untersuchungsausschusses in Sachen Schlüter. Das erwies sich erneut, als nach den verschiedenen gescheiterten Versuchen der FDP, doch noch eine Besetzung des ihr zugestandenen Kultusministeriums vorzunehmen, das Ressort weiter offen blieb; bis als letztes ein allseitig als ungeeignet angesehener Kandidat in Vorschlag kam. Der Ministerpräsident hob diesen gordischen Knoten endlich durch, indem er seinen Parteifreund Rechtsanwalt Langeheine, der seinem Kabinett ohnehin als Justizminister angehört, zum Kultusminister ernannte. Der Protest der freien Demokraten erwies sich, - wie konnte es andere sein? - als Sturm im Wasserglas; es wird über die ersatzweisen Ausgleichsleistungen an Parschalien in aller Friedfertigkeit verhandelt. Der BHE freut sich, zu praktischen Konsequenzen seiner Solidarität mit der FDP nicht veranlasst zu sein.

Erfreulich an dem Vorgang war, - so bescheiden ist die Demokratie in Niedersachsen schon geworden! - dass der Ministerpräsident endlich einmal Ansätze eigener Initiative zeigte gegenüber dem Druck des CDU-, und in ihm vornehmlich des katholischen Partners. Er legitimierte diese neue Entschlusskraft mit dem Hinweis auf die hierzu im Schlüterbericht an ihn gerichtete Aufforderung.

Dem ersten initiativen Schritt ist ein zweiter gefolgt. Pressemeldungen zufolge hat Ministerpräsident Hellwege in einer Polemik gegen Professor Grewe in recht scharfer Form nicht nur die Gültigkeit des Reichskonkordats von 1933 bestritten, sondern auch die Zuständigkeit der Bundesregierung zu einem neuen Konkordatsabschluss.

Die SPD-Fraktion hat zwar anlässlich der Ernennung des Kultusministers in einer Presseerklärung mit dem nötigen Humor die damit verbundenen Schuldbürgerstreiche glossiert. Sie hat sich aber jeder

21. 6. 1956

kritischen Stellungnahme zu der Person des neuen Kultusministers enthalten.

Er soll seine Chance haben. Die Chance nämlich, zu beweisen, dass die von bestimmter Seite ausgestreuten Andeutungen, mit ihm sei zu dem katholischen Staatssekretär im Kultusministerium, Jung - ein evangelischer Verfechter der Bekenntnisschule gekommen, nicht zutreffen. Es gibt jetzt bereits manches, was gegen diese Gerüchte spricht.

In der Landtagsdebatte um die Äusserungen des katholischen Innenministers Wegmann, hinsichtlich der dissidentischen Lehrer, hat Minister Langeheine in einer für die Regierung prekären Situation eine verantwortungsfreudige Initiative ergriffen, und gegen rechtswidrige katholische Forderungen die Lage befriedigend zu klären gesucht. Auch soll er, als seinerzeit die Deutsche Partei die Annahme des niedersächsischen Schulgesetzes ablehnte, in den Parteigremien dafür eingetreten sein, den Gesetz zuzustimmen. Wer sich immer im Lande Niedersachsen registriert, hat die Pflicht, gegen unbillige, das Recht nicht achtende Forderungen, - die in dem konkreten Fall niedersächsischer Kulturpolitik zugleich eine böse Vergewaltigung der Überwiegenden Mehrheit durch eine kleine Minderheit anstreben, - den demokratisch legitimierten Status von Recht und Gerechtigkeit zu wahren und mit aller Energie zu sichern. Dies mit Entschlossenheit und Klarheit zu tun, - darin liegt innerhalb der antirealistischen Regierung die Chance des neuen Kultusministers.

+ + +

#### Die Herren der öffentlichen Meinung

r. Unter diesem Titel erschien vor einiger Zeit ein amerikanischer Roman, eine interessante, stellenweise etwas reisserische Schilderung aus der Welt der grossen Zeitschriftenpresse in den USA.

Doch hier geht es um manche Herren der öffentlichen Meinung in Westdeutschland. Im Bundestag war am vergangenen Mittwoch auch von ihnen die Rede und von den verschiedenartigen Beeinflussungen und - Möglichkeiten, Einfluss auf sie zu nehmen. Nicht gesprochen wurde allerdings von dem erstaunlichen Wandel in der Auffassung vieler grosser Tageszeitungen und führenden Zeitschriften, vor allem in aussenpolitischen

Fragen, der durch die Gewalt der Tatsachen hervorgerufen ist. Nomina sunt odiosa - Namen nennen, schafft nur böses Blut.

Unverkennbar ist jedoch, in wie weite publizistische Bereiche Vorstellungen eingedrungen sind, die sich immer mehr von denen der amtlichen Regierungspolitik, im besonderen der des Kanzlers entfernen. Da gibt es Organe von Rang und Namen, die heute eigentlich auf tief errötetem Papier erscheinen müssten, weniger wegen ihrer sozialdemokratischen Anfälligkeit in diesen Fragen, als in Erinnerung an den Umfang ihres politischen Irrtums. Aber schliesslich ist jede zum Veränderten veränderte Ansicht hundertmal mehr wert als Festhalten am Irrtum.

Kann man sich, um nur ein Beispiel zu nennen, an den Sturm der Entrüstung, der sich im Sommer 1953 vom bescheidensten westdeutschen Heimatblättchen bis zu den olympischen Höhen der "Times" erhob, als ein Pressedienst der Linken es wagte, eine Parallele zwischen Konrad Adenauer und Sygman Rhee zu ziehen. Heute scheuen sich die Journalisten fast, diesen reizvollen Vergleich zu gebrauchen, nur deshalb, weil er inzwischen allzu abgegriffen ist.

Jede Zeitung müsse aktuell sein, auch für den einfachen Leser sei das Blitzneu gerade gut genug, sagt man. Manchmal freilich wäre das Alte, etwa das zwei bis drei Jahre Alte, viel aufschlussreicher, zumindest für den Nachdenklichen. Wie vielen würden dabei die Augen über das aufgehen, was sie damals unter beifälligen Kopfnicken aus ihrem Leib- und Magenblatt in sich aufgenommen haben. Das schnelle Vergessen des Lesers, gefördert durch die ständig wachsende, beklemmende Fülle bedruckten Papiers, ist die beste Hilfe für viele "Herren der öffentlichen Meinung", die sonst oft betreten schweigen müssten. Doch dies gerade ist nicht ihr Beruf und ihre Aufgabe. Ausserdem: Wem nützte es schon?

+                    +                    +

---

Verantwortlich: Peter Kaunau